

EU-FÖRDERUNGEN

2011: Magere
Ausschöpfung
wird besser

Wien/Bukarest. Im Sommer hat die EU die Ergebnisse ihrer Förderpolitik wieder einmal in Zahlen gegossen und den fünften Kohäsionsreport vorgelegt. Dieser zeigte den für Ost- und Südosteuropa mageren Ausschöpfungsgrad der EU-Gelder von durchschnittlich 25 Prozent, in der gesamten EU waren es 32 Prozent. Für die Periode 2007 bis 2013 stehen der Region 180 Milliarden € zur Verfügung.

Während Unternehmer auf die in Problemländern wie Ungarn, Rumänien oder Bulgarien schwierige Fördersituation mit Unverständnis reagieren, zeigen sich Förderberater für heute und 2011 optimistisch. In allen Ostländern stehen Ausschreibungen für Unternehmen an oder sind bereits am Laufen.

Sand ins Fördergetriebe der Länder haben Parlamentswahlen in den vergangenen Monaten gestreut. „Das lähmt die Förderadministration“, beschrieb Christian Rebernik, Berater bei PNO Consultants bei einem Vortrag vor Unternehmern am Dienstag in Wien die Lage. Ansprechpartner ändern sich, inhaltliche Schwerpunkte werden verschoben. Extremstes Beispiel: Ungarn, wo derzeit punkto Förderungen alles

stillsteht. Die Behörden arbeiten an der Schaffung einer Super-Förderstelle als einzige Anlaufstelle für alle Förderanliegen. Stärker gefördert werden sollen außerdem kleine und mittlere Unternehmen. Aber auch für große Firmen werde es Calls geben, meint Rebernik. Der Start neuer Ausschreibungen wird im ersten Halbjahr 2011 erwartet.

Effizienzproblem

„Rumänien hat ein Effizienzproblem“, meint Rebernik. Mit 17 Prozent hat das Land den niedrigsten Ausschöpfungsgrad in der EU, der Großteil davon ging an landwirtschaftliche Projekte, jener Bereich, der mit Energie die effizienteste Förderstelle in Rumänien hat. Neun bis 18 Monate dauert die Evaluation durchschnittlich. Finanzielle Mittel, die die Administration hätten verbessern sollen, wurden wegen der Budgetkrise wieder gestrichen.

Wirklich verbessern werde sich die schlechte Ausschöpfung in Bulgarien. Da seien die Prozesse effektiver gestaltet worden, sagt Rebernik.

Besonders viele Ausschreibungen sind in Polen 2011 geplant. Der Grund: Die zum Jahresende anstehende Parlamentswahl. (pat)

WETTSTREIT Für den Ökonomen Piatkowski sind BRIC-Staaten überbewertet

„Osteuropa ist besser
als die BRIC-Länder“

Für Marcin Piatkowski, Uni-Professor und Weltbank-Berater aus Polen, hat Osteuropa gegenüber den BRIC-Staaten einen entscheidenden Vorteil, nämlich Stabilität.

Wien. Geht es um die Wachstumsmärkte der Zukunft, sind die BRIC-Länder in aller Munde. Doch das zu Unrecht, ist Marcin Piatkowski überzeugt. Denn für den Ökonomen aus Polen, der Professor an der renommierten Kozminski-Universität und Berater der Weltbank ist, ist die CEE-Region besser als Brasilien, Russland, Indien und China.

„Osteuropa hat einen entscheidenden Vorteil, nämlich Stabilität“, sagt Piatkowski, der vor wenigen Tagen bei der von Wirtschaftsuniversität und Drafcfb Partners veranstalteten „Go East“-Konferenz in Wien war. So sind zehn Länder der Region EU-Mitglieder und damit politisch stabil, das Sozialsystem in der Region ist traditionell gut ausgebildet.

Risiken sind groß

Brasilien hingegen habe – trotz einer deutlichen Besserung unter Präsident Lula – große soziale Probleme, Indien sei dazu noch religiös inhomogen, in Russland bestehe Rechtsunsicherheit und in China ortet Piatkowski auch ein militärisches Risiko.

Doch nicht nur aufgrund dieser Schwächen werden die BRIC-Länder laut Piatkowski „völlig überbewertet“. Für ihn sind die zehn neuen EU-Mitglieder auch wegen ihrer fundamentalen Daten „die globalen Tiger“: Das BIP pro Kopf sei dort seit 1995 viel stärker gewachsen als in Asien oder Lateinamerika: Seit 1998 ist es von 30 Prozent des westeuropäischen Niveaus auf fast 55 Prozent geklettert. Künftig wird das Wachstum zwar nied-

riger liegen als bis 2007. „Aber es wird höher sein als in Westeuropa. Denn an den Fundamentaldaten hat sich durch die Krise nichts geändert“, so Piatkowski. Zu diesen gehöre auch das gute Ausbildungsniveau: Ungarn, Polen, die Slowakei und Tschechien liegen beim Pisa-Test über dem OECD-Schnitt.

DANIELA FRIEDINGER

daniela.friedinger@wirtschaftsblatt.at

ZAHL

1,5
Millionen

Das „goldene Jahrhundert“ sieht Piatkowski für Osteuropa zwar schon gekommen. Denn der Lebensstandard ist so hoch wie nie zuvor. Damit die CEE-Region gegenüber den BRIC-Staaten nachhaltig die Nase vorn hat, gelte es aber vor allem zwei Probleme zu lösen: Einerseits müssen dem Experten zufolge die Handelsbilanzdefizite der Länder beseitigt werden. Andererseits drohe eine überalterte Bevölkerung: 2020 müsse Tschechien sechs Prozent seiner Bevölkerung importieren, in Polen seien 1,5 Millionen Immigranten nötig.



Nach Ansicht **Marcin Piatkowskis** haben die BRIC-Länder versteckte Schwächen

ABZUG VON SCHENGEN-GELDERN

Die europäische Kommission will Gelder, die für Rumänien und Bulgarien zur Vorbereitung für den Beitritt zum Schengen-Raum vorgesehen waren, abziehen. Derzeit befasst sich das Europäische Parlament damit, gab am Dienstag Iwaylo Kalfin, bulgarischer Abgeordneter zum Europaparlament bekannt. Insgesamt sollen 27,5 Millionen € von Rumänien und Bulgarien abgezogen werden, weil die Länder nicht in der Lage seien,

die Gelder zu absorbieren, heißt es. Zurücknehmen will die EU außerdem vier Millionen €, die Bulgarien als Vorbeitritts-hilfe im Rahmen von ISPA zur Verfügung hatte.

Der Abzug nicht verwendeter EU-Gelder sei üblich, so die EU-Kommission in Bulgarien. Beide Länder sollen im März 2011 dem Schengen-Raum beitreten. Frankreich will eine Entscheidung über den Beitritt aber verzögern. (asa)

Steigt E.ON bei Gazprom aus?

S.21 Deutsche halten 3,5 Prozent und dementieren Verkaufsabsichten

POLEN

Lissabon-Vertrag ist
verfassungskonform

Warschau. Der Vertrag von Lissabon widerspricht nicht der polnischen Verfassung, hat das Verfassungsgericht gestern festgestellt.

Senatoren der früheren Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) von Jaroslaw Kaczynski hatten eine Klage gegen den Vertrag eingebracht, weil er Polen zwingt, Entscheidungen der EU-Organe anzunehmen, auch wenn sie für Landesbehörden unakzeptabel wären.

Die Verfassungsrichter folgten dieser Argumentation nicht. Der Vertrag garantiere eindeutig, dass die

Verfassung das höchste Recht im Staate ist. Sollte es zum Widerspruch zwischen EU- und Staatsnormen kommen, dann müsse der Gesetzgeber entweder die Verfassung ändern, eine Änderung der EU-Regulation durchsetzen – oder aus der EU-austreten.

PiS hat bereits eine neuerliche Klage angekündigt. Die regierende liberale Bürgerplattform PO begrüßt das Urteil als „modernes Verständnis der Souveränität“. Polen habe mit dem EU-Beitritt sein Ja zur Integration gesprochen. (amp)

ABKOMMEN Italien und Montenegro planen Leitung von Pescara nach Trivat

Stromautobahn unter der Adria

Rom. Italien und Montenegro wollen im Strombereich eng kooperieren. Der italienische Industrieminister Paolo Romani und Flavio Cattaneo, Geschäftsführer der Stromnetzgesellschaft und Enel-Tochter Terna, haben mit der Regierung in Podgorica ein Abkommen für den Bau einer Unterwasser-Transmissionsleitung in der Adria geschlossen, die zwischen der Hafencity Pescara nach Tivat in Montenegro verlaufen soll.

415 Kilometer wird die „Stromautobahn“ lang sein, 390 davon sollen unter dem Adria-Meeressboden verlaufen. Die Bauarbeiten, die In-



Enel-Tochter Terna will den Balkan mit **Strom** versorgen

vestitionen in Höhe von 760 Millionen € erfordern, starten im kommenden Jahr. Auf der italienischen Seite ist Terna der Hauptinvestor. Für den montenegrinischen Teil ist die staatlich kontrollierte Gesellschaft CGES zuständig. Laut dem Abkommen wird Terna bei CGES mit einem 22-prozentigen Anteil einsteigen. Die beiden Firmen wollen zudem ein Joint Venture zur Entwicklung des Stromgeschäfts und zum Bau neuer Energieinfrastrukturen in Montenegro und in den angrenzenden Ländern gründen. An dem Unternehmen werden die Italiener die Mehrheit halten.

Der CGES soll 20 Prozent an der Stromleitung zugestanden werden, dafür muss Podgorica den Bau von Umspannwerken und Energieleitungen auf der montenegrinischen Seite finanzieren. Die Transmissionsleitung soll eine Kapazität von 1000 Megawatt haben.

Eine ähnliche Stromautobahn will Terna auch in Richtung Albanien und Kroatien bauen. Die Enel-Tochter will in Zukunft italienischen Strom auch nach Serbien und Bosnien verkaufen. Montenegro hofft, jährlich bis zu 40 Millionen € an Transitgebühren zu kassieren. (mt)